

25.02.2021

An:

Prof. Monika Grütters, Staatsministerin, Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, MdB
Arbeitsgemeinschaft „Orte der Demokratiegeschichte“ und ihre Mitglieder
Sprecher:innenrat der Arbeitsgemeinschaft „Orte der Demokratiegeschichte“

Offener Brief zum Projekt

„Orte der Demokratiegeschichte“ / „100 Köpfe der Demokratie“

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Prof. Grütters,
Sehr geehrte Damen und Herren,

wir kritisieren die unreflektierte und unsensible Darstellung von (Erinnerungs-)Orten („Orte der Demokratiegeschichte“) und Personen („100 Köpfe der Demokratie“) aus einer de- und postkolonialen Perspektive. Sie zeugt mehr als deutlich von einer (post)kolonialen Amnesie unter Politiker:innen, Wissenschaftler:innen, Entscheidungsträger:innen und in unserer Gesellschaft, gekennzeichnet durch ein (unbewusstes und bewusstes) Verdrängen des deutschen Kolonialismus und eine deutschzentrierte Erinnerungspolitik und -kultur.

Im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien aus dem Jahr 2018 steht: „zum demokratischen Grundkonsens in Deutschland gehören die Aufarbeitung der NS-Terrorherrschaft und der SED-Diktatur, der deutschen Kolonialgeschichte, aber auch positive Momente unserer Demokratiegeschichte.“ Das erstmalige Bekenntnis zur Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte begrüßen die Unterzeichnenden im bundesweiten Decolonize-Bündnis grundsätzlich. Doch diesem Grundkonsens scheint ein befremdliches Geschichtsverständnis zugrunde zu liegen, der sich auch in Ihrem o.a. Projekt zur Demokratiegeschichte widerspiegelt. Danach wird die deutsche Kolonialgeschichte in ein negatives Opfer-Täter-Narrativ eingebettet. Damit wird vergessen gemacht/verdrängt, dass sie von Anfang an vom antikolonialen Widerstand begleitet war, ob innerhalb der deutschen Grenzen oder in den ehemals kolonisierten Ländern, in denen seine Protagonist:innen bis heute gewürdigt werden. Diese Persönlichkeiten kämpften gegen das koloniale Unrecht und trugen damit maßgeblich zur Demokratieentwicklung des imperialen Deutschlands bei. Ebenso unverständlich ist in Ihrem Projekt die ungefragte Aneignung jüdischer Biografien, während offensichtlich keine jüdischen Stiftungen und Kulturinstitutionen zur Teilnahme an Ihrem Projekt eingeladen sind. Dass geschichtliche Ereignisse nie nur „positiv“ oder „negativ“ beurteilt werden können, zeigt beispielhaft Ihre eigene Auswahl von höchst ambivalenten historischen Orten und Akteur:innen, wie wir im Folgenden ausführen werden.

Zunächst möchten wir unserer Sorge Ausdruck verleihen, wie und welche Bauwerke als „**Orte der Demokratiegeschichte**“ deutschlandweit ausgewählt werden. Das Projekt habe das Ziel, „die Wahrnehmung der deutschen Demokratie- und Freiheitsgeschichte lokal, regional und

deutschlandweit zu fördern und darüber demokratische Teilhabe und Zivilcourage anzuregen“. Allerdings sehen wir dabei die Gefahr, dass gerade auch jene Orte, Gebäude und Denkmäler ausgewählt werden, die Teil eines Trends zur „Rekonstruktionsarchitektur“ sein könnten. Mit diesem Begriff bezeichnet Stephan Trüby, Professor für Architektur an der Universität Stuttgart, architektonische oder städtebauliche Versuche, die nationale Vergangenheit in ein positives Geschichtsbild zu stellen und sie ihrer historischen Widersprüchlichkeit zu entledigen. Vor allem zeichnet sich diese „Rekonstruktionsarchitektur“ auch dadurch aus, dass sie von rechten bis rechtsextremen politischen und gesellschaftlichen Kräften angestoßen und gefördert wird. Dadurch wird ausgehend vom rechtsnationalistischen Rand gezielt versucht, gesellschaftlichen und städtebaulichen Konsens herzustellen. Dazu zählen unter anderem die Projekte des Wiederaufbaus der Frankfurter Altstadt, der Potsdamer Garnisonskirche oder des Berliner Stadtschlosses.

Gerade die zentrale Rolle, welche die Frankfurter Paulskirche in dem Projekt „Orte der Demokratiegeschichte“ / „100 Köpfe der Demokratie“ einnehmen soll, sehen wir äußerst kritisch. Ohne Zweifel hat die Paulskirche als Tagungsort der Nationalversammlung im 19. Jahrhundert einen bedeutenden Symbolwert für die demokratische Tradition in Deutschland. Allerdings ist diese Tradition eindeutig verwoben mit einem entstehenden expansionistischen und kolonialismusfreundlichen politischen Grundkonsens der großbürgerlichen und adligen Teilnehmenden aus Politik und Kaufmannschaft. So hat sich in der Nationalversammlung eine überwältigende und parteiübergreifende Mehrheit für die Errichtung einer deutschen Seeflotte als auch für die Förderung deutscher Auswanderung in zu errichtende überseeische Kolonien ausgesprochen. Dadurch muss die Paulskirche als Ort der ersten deutschen Nationalversammlung zugleich als Gründungsort und -moment deutscher Kolonialgeschichte verstanden werden. Die Debatten zur Errichtung einer Seeflotte und zur deutschen Auswanderung stehen dabei repräsentativ für die sich verfestigenden nationalistischen Vorstellungen zur Rolle eines vereinten Deutschlands, das seine politischen und ökonomischen Interessen weltweit kolonial durchsetzen wollte.

Wir kritisieren auch den Plan, den Originalzustand der Paulskirche wiederherzustellen, denn diese Architektur ist geradezu ein Sinnbild eingebauter Geschlechterungleichheit: Separiert von der männlich dominierten Nationalversammlung mussten Frauen auf der hölzernen Empore stehen, weil sie kein Stimmrecht hatten. Auch die geplante Sanierung der Paulskirche sehen wir problematisch und schließen uns der Kritik des Landesdenkmalrates und des Architekturtheoretikers Philipp Oswald an. Diese geplante Sanierung würde die Rekonstruktion der Paulskirche von 1948 als postfaschistisches Denkmal überschreiben.

Für Ihr Projekt „Orte der Demokratiegeschichte“ fordern wir, dass

- eine interkulturelle Rahmung der Paulskirche als Gedenkort zu erarbeiten ist, welche die Paulskirche als Ausgangspunkt expansiver Ziele, die für "Drang-nach-Osten"-Mentalitäten, militaristisches Säbelrassen und eine koloniale Agenda standen, umfangreich und unvoreingenommen aufarbeitet.

- auch selbstorganisierte Räume und Orte von migrantischen und BIPOC-Personen gefördert werden, die sich für Demokratie und gegen Rassismus engagieren, wie z.B. der Gedenkort der „Initiative 19. Februar Hanau“.
- generell Orte der Schwarzen und PoC-Geschichte in Deutschland markiert und vermittelt werden. Diese Orte sind in der bisherigen deutschen Erinnerungskultur unbeachtet geblieben.

Wir kritisieren auch das Teilprojekt „**100 Köpfe der Demokratie**“ in der vorgesehenen Form. Laut Selbstverständnis hat das Vorhaben „die große Bandbreite demokratischen Handelns und Wirkens in zwei Jahrhunderten vor Augen“. Es sind „Männer und Frauen, die sich für die Demokratie in ihren verschiedenen Formen, für die Verwirklichung von Partizipation möglichst breiter Kreise der Bevölkerung eingesetzt haben“. Zunächst zeigen wir uns bezüglich der zeitlichen und räumlichen Rahmung bestürzt. Sie öffnen ein 200-jähriges Zeitfenster demokratischer Traditionen innerhalb der Nationalgrenzen Deutschlands, dabei offensichtlich vergessend und/oder verdrängend, dass diese Zeitepoche vom Hochimperialismus deutscher Prägung gekennzeichnet war, die weit über die formale deutsche Kolonialzeit hinausgeht und die sich bis heute auswirkt. Der Kolonialismus der Kaiserzeit war geprägt von Unrecht bis hin zu Genoziden an der kolonisierten Bevölkerung in den deutschen „Schutzgebieten“. Die Demokratiegeschichte Deutschlands kann nicht als Nationalgeschichte in einer damals längst globalisierten Welt verstanden werden.

Ebenso kritisieren wir Ihre Auswahl der online vorgestellten Biographien als Beispiele für „demokratisches Handeln und Wirken“. Jeder Mensch hat Licht- und Schattenseiten, auch diejenigen, die für Demokratie und Menschenrechte kämpften. Doch Sie wollen Menschen würdigen, die auf Ihrer Liste zugleich als „umstritten“ gelten. Vielfach bagatellisieren die von Ihnen verfassten Biographien teilweise hochproblematische Seiten der ausgewählten „Demokratieköpfe“ und übergehen zugleich undemokratische Perioden der deutschen Geschichte. So finden sich auf Ihrer Webseite Personen, die für Imperialismus, Antisemitismus und Kolonialrassismus stehen.

- Besonders befremdend ist es, **Rudolf Virchow** auf Ihrer Liste zu finden, der nach Ihrer Auffassung für „medizinische Ethik für Gleichstellung“ stehe. Unerwähnt bleiben dabei seine kolonialmedizinischen Menschenversuche, rassistischen Schädelvermessungen und unethischen Sammlungen von geraubten *human remains* aus allen Ländern der Welt.
- **Wolf von Baudissin** wird bei Ihnen aufgrund seiner „bewussten Abkehr von deutschen Militärtraditionen“ gewürdigt, obwohl er nicht nur elf Jahre im Dienst der Reichswehr stand, sondern im Zweiten Weltkrieg auch als hochrangiger Offizier im Afrikakorps unter Erwin Rommel stand und am Afrikafeldzug teilnahm.
- In Ihrer Darstellung scheint das kolonialrevanchistische Engagement **Konrad Adenauers** als Vizepräsident der Deutschen Kolonialgesellschaft keine Rede wert zu sein. Vergessen auch, dass es gerade Adenauer war, der nach dem Krieg ehemaligen NS-Größen in Spitzenpositionen verhalf.
- Unerwähnt bleiben auch die imperialen Ansichten von **Friedrich Naumann** und **Max Weber**. Von letzterem stammt der bekannte Satz „Wir müssen begreifen, dass die Einigung Deutschlands ein

Jugendstreich war, den die Nation auf ihre alten Tage beging und seiner Kostspieligkeit halber besser unterlassen hätte, wenn sie der Abschluss und nicht der Ausgangspunkt einer deutschen Weltmachtspolitik sein sollte“.

- Einzig bei **Gustav Stresemann** findet sich ein zögerlicher Halbsatz über dessen außenpolitisch imperiales Streben. Doch angesichts der Tragweite seiner Ansichten als Mitglied des extrem antisemitischen, völkischen und expansiven Alldeutschen Verbandes, seiner Forderung nach einem deutschen „Engagement“ in Marokko oder seiner kolonialrevanchistischen Ansichten in der Weimarer Republik gehört auch Stresemann nicht auf die Liste von „Demokratieköpfen“.
- Doch nicht nur Adenauer und Stresemann stehen für koloniale Kontinuitäten. In der Bundesrepublik war es explizit **Franz-Josef Strauß**, der in zahlreiche (postkoloniale) Korruptionsskandale verwickelt war, u.a. in Waffengeschäfte mit undemokratischen Staaten. Insbesondere seine Komplizenschaft mit dem Apartheidstaat Südafrika sticht heraus wie seine rassistische Anmerkung, dass die Gleichstellung Schwarzer Südafrikaner:innen „nicht wünschenswert“ sei. Die demokratiefeindliche Gesinnung von Strauß lässt sich auch an seiner unverhohlenen Sympathie für den chilenischen Diktator Augusto Pinochet ablesen wie auch an seinem repressiven Verhalten gegen die Anti-Atombewegung in Bayern.
- Wir protestieren gegen den höchst widersprüchlichen Charakter Ihrer Auswahl der „Demokratieköpfe“. In dieser werden auf sehr problematische Art und Weise politische Antagonisten aneinandergereiht. Dies zeigt sich beispielhaft im Nebeneinander von **Konrad Adenauer** und **Fritz Bauer**. Während Adenauer im Nachkriegsdeutschland NS-Verbrecher nicht nur rehabilitierte, sondern proaktiv in Amt und Würden verhalf, bekämpfte Fritz Bauer gerade diese Staatsräson der Straffreiheit und Amnesie.

Angesichts der nicht vom Antisemitismus freien Historie der ersten deutschnationalen Demokratiebestrebungen und insbesondere der gewaltsamen deutschen NS-Geschichte des 20. Jahrhunderts stehen jüdische Biographien nicht ungefragt zur Verfügung, schon gar nicht für eine solche unreflektierte Auswahl von „Demokratieköpfen“. Die jüdischen Biographien lassen sich nicht in eine homogen deutschnational verstandene „Demokratietradition“ nach Ihrem Gusto einverleiben. Wir widersprechen entschieden gegen diese Art von eigenmächtiger Aneignung.

Demokratie kann nur durch die gesellschaftliche und politische Teilhabe aller Bevölkerungsteile gelingen. Wir sind schockiert über die durchgängige Ausblendung von (post)migrantischen oder BIPOC-Biographien in Ihrem Projekt. Ebenso sind wir höchst irritiert über die offenkundige Abwesenheit von Kulturinstitutionen, Stiftungen, Gedenkstätten und Museen von marginalisierten BIPOC-Minderheiten (u.a. das DOMID-Museum, das Jüdische Museum, das RomArchive u.v.m.) in Ihrem Projekt.

Damit wird auch vergessen gemacht, dass Schwarze und afrikanische Persönlichkeiten innerhalb der Grenzen des Wilhelminischen Kaiserreichs und Deutschlands gegen das koloniale Unrecht und für Demokratie kämpften. Dabei reicht die - auch hier ungefragte - Aufnahme der Schwarzen deutschen Aktivistin, Wissenschaftlerin und Dichterin **May Ayim** als einzelnes *token* in Ihrer Liste nicht.

Unerwähnt bleiben Persönlichkeiten im antikolonialen Widerstand, die seit Anfang des 20. Jahrhunderts hierzulande aktiv waren wie **Mpundu Akwa, Alfred Bell, Martin Dibobe, Hilarius Gilges, Fasia Jansen, Audre Lorde, Momolu Massaquoi, George Padmore, Gert Schramm, Mdachi bin Sharifu** und viele mehr. Vollkommen übergangen sind ebenso Biographien von Menschen, die außerhalb der deutschen Grenzen gegen Kolonialismus und Nationalsozialismus kämpften und oft genug mit ihrem Leben bezahlen mussten. Die Abwesenheit ihrer Biographien ist symptomatisch für eine deutschzentrierte Perspektive und Geschichtsschreibung, Negierung transnationaler Geschichte, Missachtung der postmigrantischen deutschen Gesellschaft und der selbstorganisierten Kämpfe von BIPOC für ihre Emanzipation bis heute. Aus diesem Grund gibt es bisher in Deutschland auch keine postkolonialen Erinnerungsorte, die ihre Kämpfe gegen das (post)koloniale Unrecht würdigen. Für ihren antirassistischen, feministischen und intersektionalen Kampf und ihr großes Engagement in der Friedensarbeit müssen Persönlichkeiten wie **Audre Lorde** und **Fasia Jansen** explizit aufgeführt werden.

Für Ihr Projekt „100 Köpfe der Demokratie“ fordern wir, dass

- die von Ihnen ausgewählten Biographien um entsprechende Beschreibungen ergänzt werden, welche die (neo)kolonialen, kolonialrassistischen und -revanchistischen Hintergründe im Leben dieser Personen explizit benennen.
- Sie die aufgelisteten „Köpfe“ auf ihre Demokratiefähigkeit hin genauer überprüfen und notfalls entfernen.
- Biographien von BIPOC-markierten Personen sowie von Personen mit Migrationsbiographie demografisch proportional aufgeführt werden. Über ein Drittel der heutigen Bevölkerung in Deutschland sind (Post-)Migrant:innen. Ihre Geschichte im Kampf für Demokratie, gegen Kolonialismus und Rassismus spiegelt sich in der Liste der „Demokratieköpfe“ nicht wider. Ihre „Köpfe der Demokratie“ sind eindeutig und unverhältnismäßig *weiß* (gelesene) Personen.

Befremdlich finden wir ebenso die Zusammensetzung der **Arbeitsgemeinschaft „Orte der Demokratiegeschichte“**. Ohne den Mitglieder:innen Expertise abzusprechen zu wollen, kann die Zusammensetzung als rein *weiß* (gelesenes) Gremium wohl kaum Ihren selbstdefinierten Zielen von „demokratische[r] Teilhabe und Zivilcourage“ entsprechen. Es stellt sich hier die Frage, wer Geschichte definieren und sprechen darf.

Für die Arbeitsgemeinschaft „Orte der Demokratiegeschichte“ fordern wir, dass

- sie zu einem Drittel divers und interkulturell zusammengesetzt wird. Nur so kann sie die gesellschaftliche Struktur und die kulturelle Vielfalt in Deutschland widerspiegeln.

Irritierend auf Ihrer Projektwebseite ist auch der Text **„Das deutsche Kolonialreich nach 1918: Trauma, Glorifizierung, Vergessen und spätes Erinnern“**, der sich ausschließlich auf

Literaturquellen *weißer* Autor:innen bezieht. Nicht nur, dass der Text gegenwärtig die einzige Abhandlung über die deutsche Kolonialherrschaft auf Ihrer Projektwebseite ist (und dazu schwer zu finden), sondern auch, dass sich darin zahlreiche bagatellisierende Stellen finden lassen. So hinterlässt der euro- und deutschzentrisch geprägte Text den Eindruck, der Beginn der deutschen Kolonialherrschaft im 19. Jahrhundert wäre aus einer Laune heraus entstanden, ohne auf die rhetorischen und praktischen Bemühungen der Kolonialpropagandisten (Stichwort: Paulskirche) in den Jahrzehnten zuvor einzugehen. Zudem reduziert der Text die Jahrhunderte währende Kolonialgeschichte in unzulässiger Weise auf 12 Jahre, die sich angesichts anderer historischer Ereignisse in der deutschen Geschichte „mit positiver Konnotation“ doch – so wird suggeriert – fast wie eine *quantité négligeable* lesen ließen. Die Nennung von „Kolonialkriegen“ statt Genozid und die Wortwahl von „eingeborenen Bevölkerungsschichten“, die vom kolonialen Unrecht „ein Lied singen können“ und von „afrikanisch-stämmige[n] Deutsche[n]“ stehen für Geschichtsvergessenheit und Rassismus. Aktuelle politische Interventionen wie die Umbenennung von kolonial belasteten Straßennamen, initiiert durch zivilgesellschaftliche Gruppen, werden in diesem Text zwar genannt, aber zu weiteren zentralen Forderungen, wie die bedingungslose Rückgabe von in der Kolonialzeit geraubten Kulturgütern, lassen sich im Text leider keine Aussagen finden. Im Gegenteil: Der Text arbeitet mit Diskreditierungen, darin werden die Forderungen und Interventionen der BIPOC-Communities als „Befindlichkeiten“ und „Aufgeregtheiten“ abgewertet.

Für Ihren Text über das deutsche Kolonialreich fordern wir, dass

- der Text zur deutschen Kolonialherrschaft von einem Schwarzen, PoC und *weißen* Expert:innen-Team komplett überarbeitet wird.

Insgesamt ruft Ihr Projekt „Orte der Demokratiegeschichte“ / „100 Köpfe der Demokratie“ zur Kommentierung und Einspruch auf.

Wir fordern, dass

- die „Orte der Demokratiegeschichte“ und die „100 Köpfe der Demokratie“ explizit auch auf ihre Widersprüchlichkeit hin beschrieben werden. Die problematischen historischen Verstrickungen sollen nicht verschwiegen werden.
- die Demokratie anstatt aus der Vergangenheit heraus verteidigt und gefördert wird, ein konsequentes und entschlossenes Eintreten für einen demokratischen Grundkonsens, der sowohl antifaschistisch, antikolonial und dekolonisierend als auch interkulturell und inklusiv ist.
- die Würdigung demokratischer Traditionen nicht an nationalen Grenzen aufhört und dass Menschen außerhalb von Deutschland und Europa, die gegen das von Deutschland ausgehende koloniale oder nationalsozialistische Unrecht gekämpft haben, erinnert und gewürdigt werden.

- Ihre Arbeitsgemeinschaft „Orte der Demokratiegeschichte“ divers besetzt werden muss - angesichts von Deutschlands Globalgeschichte und proportional zur heutigen demografischen Entwicklung in Deutschland.

In diesem Sinne erlauben wir uns, Ihren Leitsatz zu zitieren: „Demokratie, Grund- und Menschenrechte sind nicht selbstverständlich. Sie müssen immer wieder aufs Neue erkämpft und verteidigt werden.“

Wir, zivilgesellschaftliche Initiativen im bundesweiten Decolonize-Bündnis, sehen Ihrer Antwort und Stellungnahme bis zum 15.03.2021 entgegen an unsere folgende Bündnis-Mailadresse: decolonize@isdonline.de

Unterzeichnende:

Arbeitskreis Hamburg Postkolonial

Arca – Afrikanisches Bildungszentrum e. V.

Dr. Manuela Bauche

Berlin Postkolonial

Bielefeld Postkolonial

Bismarck's Critical Neighbours

Bonn Postkolonial

Decolonize Bismarck

Decolonize Erfurt

Farafina Berlin

Forum der Kulturen Stuttgart e. V.

frankfurt postkolonial

Freiburg Postkolonial

gießen postkolonial

Initiative Amo - Braunschweig Postkolonial

Initiative Cottbus postkolonial und postsozialistisch

Initiative Schwarze Menschen in Deutschland/ISD Bund

Initiative Schwarze Menschen in Deutschland/ISD Gießen

Initiative Schwarze Menschen in Deutschland/ISD Frankfurt

Initiative Schwarze Menschen in Deutschland/ISD Hamburg

Initiative Schwarze Menschen in Deutschland/ISD Stuttgart

Intervention Bismarckdenkmal Hamburg

KARFI - Schwarzes Kollektiv für Empowerment und rassismuskritische Bildung

Leipzig Postkolonial

Pädagogisches Zentrum Aachen